

# Putins Kalter Krieg

Der Westen empört sich über den Akt imperialer Willkür in Georgien – und offenbart so seine Ohnmacht.

Russland betrachtet den Kaukasus als seine Einflussphäre und beansprucht Ebenbürtigkeit mit der Weltmacht Amerika.

In einem unscheinbaren, muffigen Raum im tschetschenischen Städtchen Gudermes, gelegen an der Autostraße zwischen Grosny und der Küste des Kaspischen Meeres, beginnt am Neujahrsmorgen des Jahres 2000, früh um fünf, Russlands Wiedergeburt.

Bleierne Dunkelheit liegt über dem Örtchen, nur ab und zu weht Geschützfeuer aus Tschetscheniens umkämpfter Hauptstadt herüber. Zu dieser Stunde, Europa geht gerade erst zu Bett, tritt ein kleiner, drahtiger Mann im blauen Anorak vor ausgewählte Soldaten und Offiziere der 42. russischen Mot-Schützendivision: „Sie verteidigen in Tschetschenien nicht nur die Würde und Ehre Russlands. Es geht auch darum, den Zerfall unseres Landes zu beenden“, sagt der Gast mit schneidender Stimme und fischigem Blick, ein Mann aus dem fernen Moskau, der vielen in diesem Moment noch nicht sonderlich bekannt ist: Wladimir Putin.

Er hat die Bombardements auf die unbottmäßige Separatistenrepublik ausweiten lassen, seine Truppen haben Raffinerien und Industrieanlagen in Brand gesteckt. Militärisch haben die abtrünnigen Tschetschenen, die seit sechs Jahren den Bazillus der Spaltung ins russische Kernland tragen, kaum noch eine Chance. Moskaus von den Rebellen tief gedemütigte Militärs

fassen wieder Mut; dass der Neue zu dieser nächtlichen Stunde die Begegnung mit ihnen sucht, vergessen sie ihm nie.

Es ist die Stunde, da der Wiederaufstieg Russlands zur Großmacht und die beispiellose Karriere eines Mannes beginnt, den sein Förderer Anatolij Sobtschak, einst Oberbürgermeister von St. Petersburg, treffend so beschrieb: „Er ist knochenhart und setzt Entscheidungen bis zum Ende durch.“

Wladikawkas, die Hauptstadt Nordossetiens, die „Beherrsche den Kaukasus“ heißt, liegt nur 120 Kilometer westlich von Gudermes. Dort wiederholt sich am 9. August jene Neujahrnacht. Wieder ist Wladimir Putin überraschend eingeflogen, die Russen wähten ihn bei den Olympischen Spielen, sie haben ihn am Vorabend im Fernsehen erblickt, im fernen Peking, parlierend mit George W. Bush und Nicolas Sarkozy. Nun aber steht er plötzlich hier.

Die Windjacke, die er trägt, ist weiß, gebannt lauschen ihm Frauen, Flüchtlinge aus Südossetien. Der Krieg im benachbarten Georgien, ausgelöst am Tag zuvor durch einen massiven Raketen- und Panzerschlag der Armee von Präsident Micheil Saakaschwili auf das autonome Gebiet der Südosseten, hat Zehntausende verängstigter Zivilisten über Georgiens Nordgrenze nach Russland gespült.



Russische Truppen vor dem georgischen Gori (am



Partner Medwedew, Putin: Für den Fronteinsatz nicht tauglich genug

Sie erzählen dem Premier Putin, der sich als Patron der kleinen Provinz versteht, welches Leid die Georgier ihrer Heimat zugefügt hätten, und auch ihnen macht er mit seiner schneidenden Stimme neuen Mut. Dass das Vorgehen der georgischen Machthaber „ein Verbrechen“ sei, sagt er, dass man sich nach dieser „Aggression“ nur schwer vorstellen könne, wie Südossetien im Bestand Georgiens verbleiben könne, und dass Russland alles tun werde zum Schutz der Osseten.

„Erzwingung des Friedens“ heißt die russische Operation, die sich südlich des Kaukasuskammes entfaltet – es ist ein Rollback mit einer schieren, gewaltigen Übermacht. Dass es dabei nicht nur um das kleine Ossetien geht, um diese Bergregion, ein Drittel größer als das Saarland, verrät Russlands Nato-Botschafter Dmitrij Rogosin:





**14. August):** Ein Test, ob der Kreml im Bedarfsfall die russischen Grenzen verschieben kann?

MARCO LONGARI / AFP

„Amerikas Lieblingskind geht jetzt zur Hölle“, jubelt er in Brüssel, während die Panzer nach Süden rumpeln.

Die militärische Operation, die seither die Welt bewegt, entwickelt sich zum ersten richtigen Krieg zwischen Russland und einem sowjetischen Nachfolgestaat, einem Krieg, bei dem der eigentliche Anlass mit jedem Tag weiter in den Hintergrund rückt.

Die letzten Sezessionsbestrebungen innerhalb Russlands sind längst niedergeschlagen. Das Land ist wieder vereint und erstarkt, aber jetzt wird offensichtlich, dass der Kreml Georgien abstrafen will, das unter Saakaschwili, dem erst 40 Jahre alten Staatschef, zum amerikanischen Vorposten am Kaukasus geworden ist.

Fünf Tage dauert der Krieg, doch auch danach ist er nicht wirklich vorbei. Denn in

Tiflis löste das Vorrücken der russischen Armee bis ins georgische Kernland hinein eine Schockwelle aus – erst recht aber in der westlichen Welt.

Von einem Kurs à la Stalin und Hitler spricht der amerikanische Kaukasus-Stratege Zbigniew Brzezinski; er setzt den Einmarsch der russischen Truppen im Nachbarland mit dem sowjetischen Winterkrieg von 1940 gleich, als es um die Untergrabung der Souveränität des kleinen demokratischen Finnland ging.

So wird aus dem Konflikt zwischen Georgiern und Russen einer zwischen Russland und dem Westen. Die Schlacht im kleinen Weinland Georgien weitet sich zum länderübergreifenden Krieg der Worte aus. „Ist ein neuer Kalter Krieg noch zu stoppen?“, titelte das US-Nachrichtensmagazin „Time“.

Robert Kagan, ein wichtiger Berater John McCains, sagt, der 8. August sei so wichtig für die Welt wie der 9. November 1989 – mit umgekehrten Vorzeichen, denn an diesem Tag sei die kommunistische Phase der Weltpolitik zu Ende gegangen. „Putin geht seinen Weg“, schreibt Kagan in der „Washington Post“.

Aber welchen Weg geht Putin?

Der Angriff des großen Russland auf das kleine Georgien ist wie ein Rückfall ins 19. Jahrhundert, mitten im 21. Heute entwickeln sich Weltkonflikte anders, zum Beispiel deshalb, weil Iran unbedingt eine Atombombe bauen will oder weil Israel mit einem Luftschlag gegen die iranischen Atomanlagen droht. Oder weil islamische Fundamentalisten Afghanistan zurückerobern möchten. Verglichen damit ist Russlands Arron-



dierung an der Südflanke alter Imperialismus.

Der Unterschied fällt noch mehr ins Gewicht, wenn China, zu Sowjetzeiten das ärmere, chaotischere Land, mittlerweile unter Aufbietung aller Kräfte eine moderne, kapitalistische Volkswirtschaft aufbaut, während Russland das Glück riesiger Ressourcen an Gas und Öl hat – und wie zuvor an militärische Aufrüstung denkt, anstatt an Investitionen ins Land, an den Aufbau neuer Institutionen.

So gesehen ist Putin nicht neue Welt, sondern alte Welt. Dem Russland, das er anführt, geht es um Raum, nicht um Modernität. Um Respekt mehr als um Fortschritt.

Aber wie soll der Westen mit diesem modern-unmodernen Russland umgehen? Ohne Zweifel geht es Putin darum, geopolitisch an Nimbus zurückzugewinnen. Es geht ihm um Ebenbürtigkeit mit Amerika. Er ist vielleicht nicht so groß, wie er behauptet, aber seinem Land fällt ja tatsächlich Mitsprache bei vielen anderen Weltkonflikten zu, ob das dem Westen passt oder nicht, in Iran, Nordkorea, bei den Vereinten Nationen.

Ohne Putin, den Protagonisten einer gelenkten, autoritären Demokratie und eines Petro-Staates, geht vieles nicht. Er hat großes Störpotential. Die USA müssten wählen zwischen der Partnerschaft mit Moskau oder einer mit der virtuellen georgischen Führung, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow süffisant.

Während die prosperierende Großmacht China die Spiele von Peking mit eiserner Faust feiert, während in den USA ein Präsident seinen Abschied inszeniert, während

die Europäische Union auch in der georgischen Frage zerstritten bleibt und die Nato ambivalente Signale sendet, arbeitet Russland an seiner imperialen Renaissance. In endlosen Kolonnen wälzten sich seine Panzer über Georgiens Straßen, und das mächtige Washington vermochte kaum mehr, als den Freunden in Tiflis Zelte und Decken einzufliegen.

Der Westen ist ohnmächtig gegenüber dem Imperialismus Russlands. Die baltischen Staaten oder die Ukraine, die sich noch immer im Gravitationsfeld Moskaus befinden, haben zweifellos Grund zur Angst, sie könnten die nächsten Objekte der Willkür Putins werden.

### Beim Antrittsbesuch in Berlin

### behauptete Medwedew, Russ-

### land sei „aus der Kälte zurück“.

„Wir verabschieden uns jetzt endgültig von der Sowjetunion“, rief Micheil Saakaschwili vor 70 000 Anhängern auf dem Rustaweli Boulevard von Tiflis aus, als Russland Dienstag voriger Woche den Waffengang formell für beendet erklärt. Ein weltfremder Satz. Polens Präsident Lech Kaczyński, der mit den ebenfalls zum Solidaritätsbeweis herbeigeeilten Führern der baltischen Staaten und der Ukraine neben ihm vor dem Regierungspalast steht, hat dafür nur ein Lächeln übrig. Er spricht mahnend von der anhaltenden „revisionistischen Politik“ Russlands im Osten Europas. Den Namen Putin erwähnt er nicht, düster aber prophezeit er: „Wenn die Welt

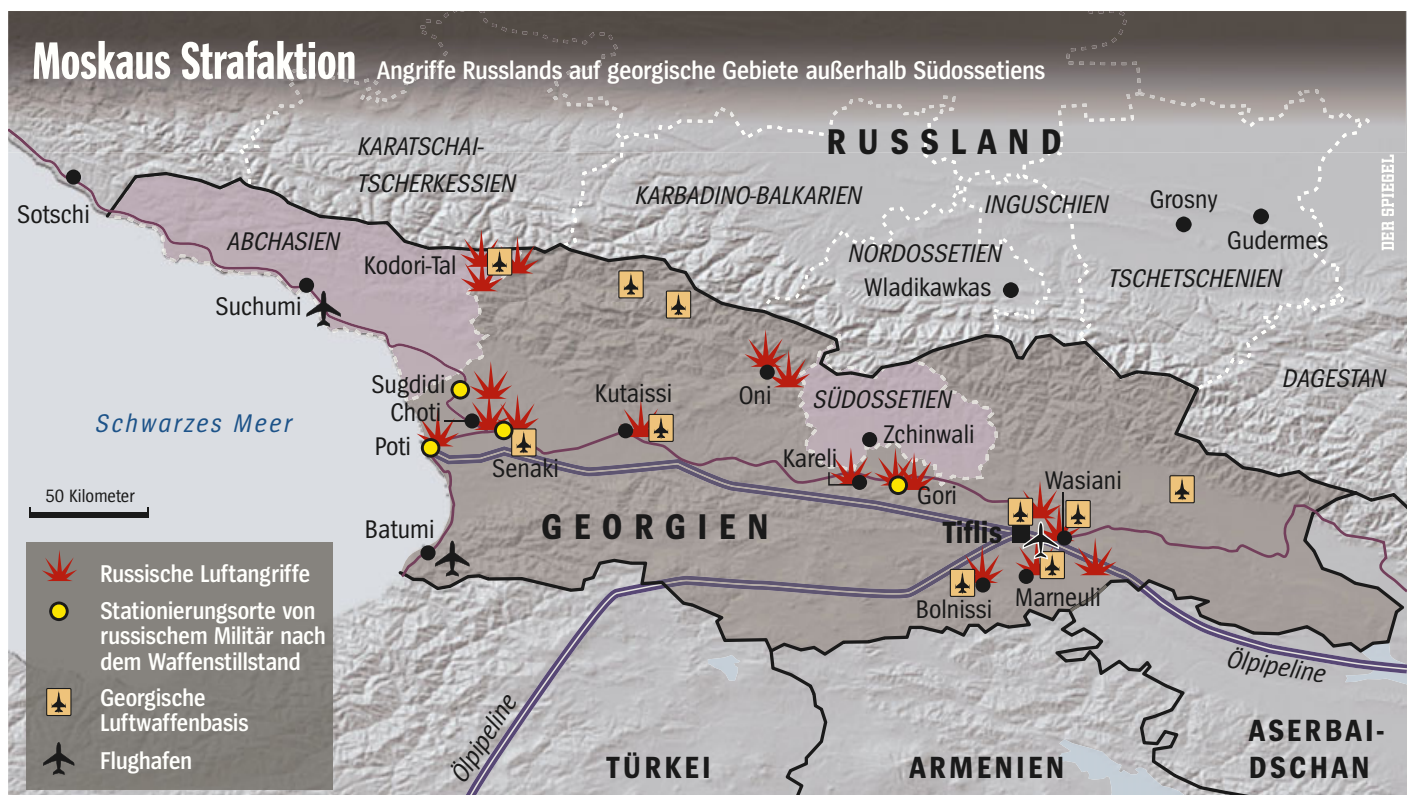
Georgien allein lässt, ist als Nächstes die Ukraine dran.“

Vermutlich hat der Westen Russland unter Putin bislang falsch eingeschätzt. Phantomschmerzen, ja, darunter leiden eben auch untergegangene Weltmächte – aber Revanchismus, Imperialismus? Die Vorzeichen waren eigentlich nicht zu übersehen. Putin zahlt seit längerer Zeit erlittene Demütigungen heim: im Konflikt Amerikas mit Iran, dem Russland ein Kernkraftwerk hinstellt, im Konflikt um das Kosovo, im Sicherheitsrat der Uno, wenn es um Sanktionen für Simbabwe, Iran oder Syrien geht.

Eine Illusion war es jedenfalls, dass Putin als Präsident abtreten und sich zum Elder Statesman entwickeln würde.

Gerade mal 100 Tage ist der Machtwechsel in Moskau her. Der Neue, Medwedew, galt als marktfreundlich und liberal, ein Jurist, kein Geheimdienstmann, Kind einer Professorenfamilie. Kein Macho wie das im Leningrader Hinterhof aufgewachsene Arbeiterkind Putin, dieses „höchst erfolgreiche Produkt patriotischer Sowjetenerziehung“ (Putin über Putin), das in seiner Amtszeit auf Konfrontation mit dem Westen gegangen war. Kooperation, Öffnung gegenüber Europa, Berechenbarkeit – das erhofften sich Washington, London und Berlin vom Nachfolger.

Tatsächlich schlug Medwedew bei seinem Antrittsbesuch Anfang Juni in Berlin versöhnliche Töne an, er offerierte einen gemeinsamen europäisch-atlantischen Sicherheitsraum von „Vancouver bis Wladiwostok“ und behauptete, Russland sei nach dem Kalten Krieg „aus der Kälte zurück“.





JIM YOUNG / REUTERS

**Führungstrio Rice, Bush, Gates (am 13. August in Washington):** „Russland riskiert seinen Platz in den Strukturen des 21. Jahrhunderts“

Aber dann wurde klar, dass Medwedew gar keinen Paradigmenwechsel betreibt, Enttäuschung kam auf – ein „typischer Reflex des Westens“, der sich nach wie vor in den Moskauer Korridoren der Macht nicht auskenne, wunderte sich die Moskauer Politologin Lilija Schewzowa. Um nach einem Mann wie Putin in den Augen der russischen Elite bestehen zu können, sei Medwedew geradezu gezwungen, vorerst nichts an der Außenpolitik zu ändern. Und die gehe von dem Axiom aus, dass die Russland umgebende Welt Moskau feindlich gesinnt, aber schwach und zerstritten sei. Weshalb der Kreml sein globales Machtspiel aufleben lassen und den Westen aus alten Einflussphären wieder hinausdrängen könne, argumentierte Schewzowa.

So muss man den Gang der Dinge wohl verstehen. Und der Fünf-Tage-Krieg gegen Georgien bringt die Einsicht, dass nicht der neue Medwedew regiert, sondern weiterhin der alte Putin.

Er war es, der zu Nicolas Sarkozy nach Paris flog, als Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernahm. Ende Juli darauf hatte er Vizepremier Igor Setschin, einen

engen Vertrauten und Gegenspieler Medwedews, nach Kuba entsandt – um anzudeuten, was geschehe, wenn Washington sein geplantes Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien installiere. Dann nämlich, so die Botschaft, könne Moskau vor Washingtons Haustür Gleiches mit Gleichem vergelten – wie damals, 1962, als Nikita Chruschtschow Atomraketen vor der Küste Floridas stationieren ließ.

„Er ist ein Patriot und wird genauso hart russische Interessen verfolgen wie ich“, sagte Putin über seinen Nachfolger zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Da hatte er ihm in der Außenpolitik längst die Leitlinien vorgegeben – auch den weiteren Kurs im Fall der georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien.

Als sich der Heißsporn Saakaschwili zum Angriff auf Zchinwali hinreißen ließ, da war aus Putins Sicht Medwedew, dieser kleine, meist freundlich lächelnde Mann mit der laschen Körperhaltung, für den Fronteinsatz offenbar nicht tauglich genug. Er war es, der im 6000 Kilometer entfernten Peking als Erster vor die Fernsehkameras trat, nicht Medwedew. Er reiste an

die Grenze zu den Flüchtlingen, um sich als deren Beschützer zu präsentieren, nicht der Präsident.

Dass Südossetien, dieser winzige Streifen im Vielvölkerteppich Kaukasus, irgendwann Auslöser eines Kriegs werden könnte, war Beobachtern schon lange klar. Die Osseten wurden nach dem Ende der Sowjetunion geteilt; der Norden blieb bei Russland, der Süden kam völkerrechtlich zum unabhängig gewordenen Georgien. Schon 1990 hatte er sich von Tiflis losgesagt. Als dann georgische Freischärler nach Zchinwali zogen, um den Beschluss zu kassieren, brach der erste Krieg aus – Zehntausende Georgier wurden vertrieben, 100 000 Osseten flüchteten zu ihren Verwandten in den Nordteil.

Moskau und Tiflis einigten sich 1992 auf einen Waffenstillstand, doch der Kreml versorgte die meisten der in Zchinwali verbliebenen Osseten später mit einem russischen Pass. So konnte Russland den Einmarsch seiner Armee damit rechtfertigen, es gehe darum, „Leben und Würde russischer Bürger zu schützen“. Anerkannt hatte es die Separatistenrepublik (wie auch



die abtrünnige Region Abchasien in Georgiens Westen) nie, aber Moskau tat auch nichts, den Konflikt zu klären. Im Gegenteil: Es hielt ihn 15 Jahre am Köcheln, wohl wissend, dass es ihn irgendwann zur grundsätzlichen Klärung seines eigenen gespannten Verhältnisses mit Georgien nutzen kann. Denn Georgien, das ist für Nationalisten ein russisches Kronjuwel. Und holt man verlorene Kronjuwelen nicht wieder in den eigenen Besitz zurück?

Wer auch immer nun am 8. August den Knopf zum großen Showdown drückte – diesmal war der Krieg um Südossetien erbittert wie nie. Ob im südossetischen Zchinwali, ob im georgischen Gori: Die fünf Tage reichten, um gewaltiges menschliches Leid anzuhäufen.

Leila Dschiojewu zum Beispiel wohnte mit ihrem Mann Walerij in Hetagurowo, einem 170-Häuser-Dorf vier Kilometer westlich von Zchinwali, in einem der größten Höfe. Sie besaßen sieben Kühe, drei Pferde und eine kleine Herde Schafe. Walerij, 48, und ihr Sohn Witalij, 19, sind beide verschollen. Das Letzte, was sie von ihnen sah, waren ihre entschlossenen Gesichter. Da hielten sie Maschinenpistolen in der Hand und deckten die Luke zum Keller, in den Leila mit 20 Nachbarn geflüchtet war, mit

Georgier einfach niedergebrannt hätten. Was Wahrheit war, was Propaganda, ließ sich schwer trennen. Vermutlich starben einige hundert Osseten unter georgischem Feuer, nicht aber 1600, wie das Moskauer Staatsfernsehen meldete.

Auch auf georgische Zivilisten schlug der Militärstreik ihres Präsidenten furchtbar zurück. Russische Bomben trafen Stalins Geburtsstadt Gori, die nahe dem Separatistensprengel liegt, später zogen Südosseten plündernd durchs Land. In seinem Dorf Karalit, acht Kilometer vor Gori, habe ein solcher Trupp seinen 60-jährigen Nachbarn erschossen, sagt der arbeitslose Micheil Bсандaraschwili, der sich nach Tiflis geflüchtet hat. Hunderte nächtigen derzeit am Bahnhof der georgischen Hauptstadt, tagsüber warten sie vor dem Bürgermeisteramt, dass ihnen ein Notquartier zugeteilt wird.

Waren wirklich die Georgier schuld an diesem Waffengang, oder haben die Russen ihn provoziert, wie der Militärexperte der Moskauer „Nowaja gaseta“ letzten Donnerstag behauptete?

Beide, Russen wie Georgier, berufen sich auf internationales Recht. Moskau verweist darauf, dass Georgien mit seiner Attacke sowohl gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstieß und gegen jenes

Gebieten zu verschaffen, die Moskau für seine ureigene Einflussphäre hält.

Das zweite Ziel sei die Ölpipeline gewesen, die aus dem aserbaidjanischen Baku durch Georgien ins türkische Ceyhan führe, so Alexander Lomaja, der Chef des Nationalen Sicherheitsrates in Tiflis: Die Russen hätten die Trasse gezielt bombardiert (was der Betreiber British Petroleum dementierte) – als Botschaft an den Westen, dass Öl- und Gasleitungen, die unter Umgehung Russlands gebaut würden, dem rohstoffhungrigen Westen keinerlei Sicherheit böten. Und schließlich habe der Kreml „Amerika testen wollen“, ob er im Bedarfsfall die russischen Grenzen verschieben kann – „so wie er es will“.

Nach dem Krieg der vorigen Woche streiten sich die Völkerrechtler nun um eine entscheidende Frage: Genießen Mächtegegnern-Staaten wie Südossetien und Abchasien den Schutz der Uno-Charta vor gewaltsamer Einmischung, gar vor gewaltsamer Rückgliederung ins georgische Reich? Durften die Südosseten also, wenn ja, die russischen Freunde um Nothilfe gegen die Übergriffe aus Tiflis bitten?

Ohne Frage gehören die abtrünnigen Gebiete nach wie vor zum Staatsgebiet des souveränen georgischen Staates. Und



**Solidaritätsbekundung mit Saakaschwili (3. v. l.), Verhandler Sarkozy, Medwedew\***: „Als Nächstes ist die Ukraine dran“

Bohlen und Gerümpel zu. „Granaten und Maschinengewehrsalven trafen Garten und Haus“, berichtet sie: „Die Georgier attackierten uns kurz nach Mitternacht.“

Am Morgen besetzten ihre Truppen das Dorf. Augenzeugen berichteten dem SPIEGEL, sie hätten in einigen Fällen auf wehrlose Zivilisten geschossen. Die 13-jährige Albina, Tochter des Polizisten Nikolai Schanasarow, starb, als sie in einem alten Schiguli nach Nordossetien fliehen wollte. Ein Scharfschütze schoss die Reifen des Wagens platt – und dann Albina ins Herz.

Nachdem die russische Armee die Georgier verjagt hatte und in Zchinwali einzog, machten Gerüchte von Grausamkeiten die Runde, von vergewaltigten Frauen und Kirchen voller Flüchtlinge, die die

Friedensabkommen, das 1992 den ersten Sezessionskrieg beendete. Der Kreml bezichtigt die Georgier des Völkermordes und will Saakaschwili vor ein internationales Gericht stellen – so wie den serbischen Despoten Slobodan Milošević.

Dem steht die georgische Version gegenüber: Moskau habe ebenfalls das Völkerrecht gebrochen und den Krieg angezettelt – um andere postsowjetische Staaten davon abzuhalten, so wie Georgien unter den Schutzschild der Amerikaner und dann in die Nato zu streben und damit westlichen Staaten noch mehr Einfluss in

grundsätzlich darf jeder Staat notfalls mit Gewalt seine Leute zusammenhalten. Doch Völkerrechtler sehen das pragmatischer: Wenn die georgische Staatsmacht in Südossetien wie in Abchasien tatsächlich durch einen secessionistischen Machtapparat ersetzt worden ist, wenn der Heimatstaat es zugelassen hat, dass seine abtrünnigen Gebiete de facto Ausland sind, dann muss die Gemeinschaft freier Völker diesen Akt der Selbstbestimmung respektieren. Dem Heimatstaat sind die Hände gebunden.

In den Debatten der vergangenen Woche vor dem Sicherheitsrat in New York rechtfertigten die russischen Vertreter ihren Überfall nicht etwa mit „Nothilfe“ für die bedrängte selbständige politische Einheit Südossetien, sondern mit haar-

\* Links: mit den Präsidenten Polens, der Ukraine, Litauens, Estlands und dem Premier Lettlands in Tiflis am 12. August; rechts: im Moskauer Kreml am selben Tag.





**Zerstörte Gebäude im südossetischen Zchinwali:** „Die Georgier attackierten uns kurz nach Mitternacht“

DMITRY BELIAKOV

sträubenden Argumenten wie dem, sie hätten bedrängten russischen Peacekeepern zu Hilfe eilen müssen.

Dass für Russlands Kaukasuspolitik das Beispiel Kosovo ausschlaggebend war, ist dagegen unstrittig. Erstmals seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 wurde im Februar dieses Jahres ein Gebiet eines Staates gegen dessen Willen abgetrennt: Serbien verlor die abtrünnige Provinz Kosovo trotz eigener und russischer Proteste. Das Prinzip der territorialen Integrität, so argumentierten Moskauer Diplomaten seither listig, gelte für den Westen wohl nicht mehr ganz so absolut.

Nun setzte es auch Russland außer Kraft: Im Falle Georgiens noch weiter über territoriale Integrität zu sprechen – das „kann man jetzt vergessen“, verkündete Außenminister Lawrow nach der Schlacht um Zchinwali. Im Kreml empfing Präsident Medwedew am Donnerstag die „Präsidenten“ der beiden De-facto-Republiken Südossetien und Abchasien, fast, als seien sie schon Mitglieder der Vereinten Nationen.

Der verlorene Krieg hat Georgiens Problem mit den abtrünnigen Regionen nur verschärft: Das Land verfügt weder über das politische noch über das militärische Potential, die Gebiete zurückzugewinnen. So hat Russland nach dem Waffengang gute Chancen, die beiden Provinzen als Protektorate unter Kontrolle zu halten, womöglich gar mit einseitiger diplomatischer Anerkennung, wie es die Türkei mit der „Türkischen Republik Nordzypern“ vorexerzierte.

Die Georgier verdrängen bisher, dass sie die umstrittenen Gebiete womöglich end-

gültig verloren haben, so wie Deutschland einst Ostpreußen oder Schlesien – trotzst versichert Saakaschwili weiterhin, auf keinen einzigen Quadratmeter georgischen Bodens verzichten zu wollen (siehe Interview Seite 86). Den Hunderttausenden schon in den neunziger Jahren aus Abchasien und Südossetien geflüchteten Landsleuten einmal die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen war sein wichtigstes Wahlkampfversprechen gewesen.

Der Versuch, das dreigeteilte Land mit Gewalt zu vereinen, hat Georgien in den Libanon des Kaukasus verwandelt – in ein Land, das als politische Einheit nur noch im Atlas existiert. Für Moskaus Geostrategen ist das ein fabelhafter Befund. Mit Unbehagen hatten sie verfolgen müssen, wie sich Georgien in den letzten Jahren weiter als alle anderen früheren Sowjetrepubliken von der alten Schutzmacht entfernte und den Amerikanern zuwandte. Hatten die Saakaschwili in den letzten Tagen ermuntert, die Separatistengebiete mit Gewalt zurückzuholen?

Dass er das Militärbudget seines armen Landes allein in den ersten vier Jahren seiner Herrschaft auf 583 Millionen Dollar fast versechsfachte, hatte selbst bei Regierungsmitgliedern stets den Verdacht genährt, der Staatschef setze auf eine militärische Lösung. Und weil er sein

Land möglichst rasch in die Nato führen wollte, hatte er sich selbst unter Druck gesetzt. Denn solange Georgien nicht das gesamte von ihm beanspruchte Gebiet beherrscht, kann von einer Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis keine Rede sein. Die Nato lehnte es auf ihrem Gipfel in Bukarest im April denn auch ab, dem Land den Anwärterstatus für die Mitgliedschaft zu verleihen. Der verzweifelte Versuch, sich mit dem Sturm auf Zchinwali die Bündnis-Reife zu erkämpfen, dürfte der folgenreichste Fehler in der Karriere des hitzköpfigen Präsidenten gewesen sein.

US-Außenministerin Condoleezza Rice, so die „New York Times“, habe Saakaschwili bei einem Essen am 9. Juli noch vor einem militärischen Konflikt mit Russland gewarnt. Öffentlich aber gab auch sie andere Signale, etwa bei einem

Besuch in Tiflis im Juli, als sie Saakaschwili versicherte, die USA würden sich für die Nato-Mitgliedschaft Georgiens einsetzen. Der „falsche Glaube“, er habe Freunde am Hofe“ in Washington, habe Saakaschwili zum folgenreichen Angriff auf die südossetische Hauptstadt verleitet, vermutet Robert Hunter, früherer US-Botschafter bei der Nato.

Etwa 130 Militärberater aus den USA, plziert in der vierten Etage des

#### **SPIEGEL-UMFRAGE** **Nato-Aufnahme Georgiens**

# 60%

*aller Befragten finden, dass Georgien angesichts des aktuellen Konflikts im Kaukasus nicht in die Nato aufgenommen werden sollte.*

Für eine Aufnahme sind: **21%**

TNS Forschung; 1000 Befragte am 13. und 14. August; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“/keine Angabe



# „Wir kapitulieren nie“

Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili, 40, über die russische Militärintervention und die Hilfe der USA und Israels

**SPIEGEL:** Herr Präsident, Ihr Land hat innerhalb weniger Tage einen Krieg verloren. Warum nur haben Sie die Militäroperation gegen die abtrünnige Provinz Südossetien begonnen?

**Saakaschwili:** Halb Südossetien war immer schon unter georgischer Kontrolle. Russland geht es auch gar nicht um Südossetien, Moskau will ganz Georgien übernehmen. Die Russen haben im Frühsommer eine Bahnlinie in der abtrünnigen Provinz Abchasien erneuert und dorthin riesige Mengen Treibstoff gebracht. Jetzt wissen wir, dass sie ihn für ihre Interventionstruppen brauchten.

**SPIEGEL:** Gab es denn weitere Anzeichen für eine bevorstehende größere russische Militäraktion?

**Saakaschwili:** Wir hatten zu Beginn des Sommers Informationen, dass die Russen 200 Panzer nach Abchasien bringen wollten und dass sie im Nordkaukasus alle Georgier unter Beobachtung nehmen. Danach begannen in den ersten Augusttagen südossetische Separatisten, unsere Friedenstruppen zu beschießen, zwei Mann wurden getötet, sechs verletzt. Dennoch habe ich den Befehl gegeben, das Feuer nicht zu erwidern. Dann erfuhren wir am 7. August, dass 150 russische Panzer aus Nordossetien über die Grenze nach Südossetien rollten. Sie fuhren auf von uns kontrollierte georgische Dörfer zu. Direkt hinter diesen Orten liegt die südossetische Hauptstadt Zchinwali. Von dort aus hätten sie in jede beliebige Richtung weiter nach Georgien hineinfahren können.

**SPIEGEL:** Ihre Darstellung der Abläufe ist sehr umstritten, die Russen behaupten, sie hätten ihre Landsleute vor georgischen Truppen schützen müssen. Fest steht: Sie haben mit schwerer Artillerie schießen lassen und damit die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen.

**Saakaschwili:** Wir wollten die russischen Truppen vor den georgischen Dörfern stoppen. Als unsere Panzer nach Zchinwali einrückten, haben die Russen die Stadt bombardiert. Sie – und nicht wir – haben Zchinwali in Trümmer gelegt. Wir haben nur drei Gebäude im Stadtzentrum zerstört: das Parlament, von wo aus sie geschossen hatten, das Verteidigungsministerium und das Regierungsgebäude der sogenannten Republik Südossetien.

**SPIEGEL:** Moskau will auch das erst einmal klären lassen, vor internationalen Gerichten. Die Russen hatten im April und Mai

über Abchasien unbemannte georgische Aufklärungsflugzeuge abgeschossen. War das bereits das erste Gefecht des jetzigen Krieges?

**Saakaschwili:** Natürlich. Die Russen wollten nicht, dass wir sehen, dass sie dort Panzerbasen vorbereiten. Dann haben sie den Beginn des Krieges gezielt auf den Start der Olympischen Spiele gelegt, in der



Staatsoberhaupt Saakaschwili, antirussische Demonstration in Tiflis (am 12. August): „Wie

Hoffnung, die Welt werde sich im Sommer nicht für irgendeinen Konflikt im Kaukasus interessieren.

**SPIEGEL:** Das unterstellen Ihre Gegner auch Ihnen. Glauben Sie wirklich, dass die Südosseten und die Abchasen nach diesem Krieg mit Georgien überhaupt noch etwas zu tun haben wollen?

**Saakaschwili:** Es geht nicht darum, ob sie zu uns zurückkommen, sondern darum, dass wir zu ihnen kommen; diese Gebiete gehören alle zu Georgien. Was ist mit den Hunderttausenden von Flüchtlingen von dort? Die Russen betreiben ethnische Säuberungen, wie sie es nach dem Zweiten Weltkrieg im jetzigen Kaliningrad, dem früheren Königsberg, und in Schlesien ge-

macht haben. Außerdem ist Zchinwali nach den Kämpfen zerstört. Denken Sie, die Südosseten werden zurückkehren, um dort zu leben?

**SPIEGEL:** Putin will die Stadt mit russischen Mitteln wiederaufbauen lassen.

**Saakaschwili:** Das ist zynisch. Ich frage mich, warum sie dann vorher so viele Waffen dorthin gebracht haben. US-Präsidenschaftsbewerber John McCain hat Zchinwali bei seinem Georgien-Besuch vor zwei Jahren überflogen: Die prorussischen Separatisten haben einen seiner Begleithubschrauber mit einer Rakete beschossen.

**SPIEGEL:** Es gibt Plünderungen in den von russischen Truppen besetzten Gebieten. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

**Saakaschwili:** Diese Dinge überlassen die Russen meist Südosseten oder Kosaken, mitunter nehmen sie aber auch selbst daran teil. Aus den Verwaltungsgebäuden in Westgeorgien haben sie nicht nur Computer mitgehen lassen, sie haben dort sogar die Toiletten abgeschraubt. Es ist wie ein Mongolensturm im 21. Jahrhundert. In meinem Bett in meiner Residenz in Sugdidi in Westgeorgien schlafen jetzt russische Soldaten.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass Putin Georgiens Präsidenten stürzen will?

**Saakaschwili:** Ja. Die russischen Führer haben sowohl gegenüber dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy als auch gegenüber US-Außenministerin Condoleezza

Rice geäußert, ohne meinen Rücktritt werde es keine Vereinbarung zur Lösung des Konflikts geben. Dann hieß es, wenn Saakaschwili seinen Kopf retten will, müsse er auf Abchasien und Südossetien verzichten. Aber ich werde nicht auf georgische Gebiete verzichten, um im Amt zu bleiben. Was Russland mit uns machen will, ist so etwas wie die Münchner Konferenz von 1938, als Hitler die Tschechoslowakei aufteilen ließ.

**SPIEGEL:** US-Präsident George W. Bush hat Ihrem Land Unterstützung zugesichert. Wird Ihnen das helfen, dem Moskauer Druck zu widerstehen?

**Saakaschwili:** Bushs Stellungnahme war sehr stark und ist in vieler Hinsicht beispiellos. Aber auch die Situation ist ohne Beispiel. Ich hatte nie gedacht, dass die

die Russen haben die Landung der amerikanischen Militärmaschinen bisher nicht verhindert.

**SPIEGEL:** Waffen und Berater haben Sie in den vergangenen Jahren außer von den USA auch aus Israel erhalten, das langjährige Erfahrung im Kampf gegen zahlenmäßig überlegene Gegner hat. Wie wichtig ist Ihnen diese Unterstützung?

**Saakaschwili:** In meiner Regierung sind zwei israelische Juden: der Verteidigungsminister und der Minister für Reintegration. Außerdem haben wir die meisten unserer modernen Waffen aus Israel bekommen.

**SPIEGEL:** Was will die russische Führung mit der Invasion erreichen?

**Saakaschwili:** Den wirtschaftlichen Kollaps des Landes. Sie wollen eine Panik auslösen

Verteidigungsministeriums in Tiflis, ein Stockwerk unter dem Büro des aus Israel übergesiedelten Ministers David Keresaschwili, gaben Saakaschwili wohl zusätzlich das Gefühl, er könne einen militärischen Showdown mit Moskau und dessen südossetischen Verbündeten wagen. Zwischen den Amerikanern und den Offizieren der neuen georgischen Armee entwickelte sich eine Atmosphäre trügerischer Siegesgewissheit. Englisch parlierende georgische Sicherheitsstrategen, meist unter 40, und ihre Counterparts aus Amerika versicherten sich bei schweren georgischen Weinen und saftigen Schaschliks, gemeinsam seien „Georgia“ und die USA unschlagbar.

Aber da hatten sie die Rechnung ohne Putin gemacht. Dass Moskau einen Kaukasus-Zwerg wie Georgien mit seiner militärischen Übermacht in die Knie zwingen kann, mögen die Amerikaner gehaut haben. Aber offenbar weiß kaum jemand in der westlichen Welt, wohin Russland nach acht Jahren Putin-Herrschaft wirklich steuert.

China zum Beispiel hat sich aus den Trümmern der Mao-Zeit befreit und innerhalb einer einzigen Generation den Aufstieg zur Weltmacht geschafft. Kein anderes Entwicklungsland ist so gewachsen, nirgendwo anders ist die Zahl der Bitterarmen so schnell gesunken. China schaffte

### Zwischen den Amerikanern und den Georgiern entwickelte sich trügerische Siegesgewissheit.

das, nach klassischer marxistischer Lehre, durch Arbeit.

Aber Russland? Den Verlust des Supermachtstatus hat Moskau nie verwunden, und schon gar nicht die Versuche des Westens, das Land in seinem eigenen Hinterhof zurückzudrängen. Nur hat es kaum etwas getan, um Chinas Beispiel intelligenter wirtschaftlicher Aufbauarbeit zu folgen. Die Flut der Petrodollar ist zwar nicht versiegt, mit über 400 Milliarden Euro besitzt Moskau gewaltige Devisenreserven. Aber erstmals nach fast einem Jahrzehnt kräftigen Wachstums gibt es wieder ernste Probleme: eine zweistellige Inflation, einen kriselnden Bankensektor, auch der Anschluss an die Hightech-Volkswirtschaften des Westens kommt nur langsam voran.

Darüber, dass Russland außer Öl und Gas nach wie vor kaum etwas Konkurrenzfähiges für den Weltmarkt produziert, wird in der Öffentlichkeit nicht genügend diskutiert. Dafür forderte die regierungsnah „Iswestija“ angesichts der Einkreisung durch den Westen, „alle Kräfte auf die Aufrüstung zu konzentrieren“. Der Kommandeur der Kriegsflotte, Admiral Wladimir Wyssozki, kündigte den Bau von



ein Mongolensturm“

Russen in diesem Umfang mit Bodentruppen nach Georgien eindringen würden.

**SPIEGEL:** Welche weitere Hilfe erwarten Sie von den Amerikanern?

**Saakaschwili:** Das wichtigste Signal ist, dass die Amerikaner uns helfen, unsere Häfen und Flughäfen offen zu halten. Denn die Russen haben versucht, durch das Versenken von Booten im Hafen von Poti unseren Zugang zum Meer zu blockieren.

**SPIEGEL:** Wie würden Sie reagieren, wenn die russischen Militärs versuchten, die amerikanischen Transporte zu stoppen?

**Saakaschwili:** Das ist vor allem eine Frage an die Amerikaner. Nach der Rede von Bush sahen wir russische MiG-Jagdflugzeuge über dem Flughafen von Tiflis. Aber

und schließlich politische Elemente im Spektrum des Landes finden, die sagen: Der Präsident soll gehen, warum sollen wir wegen dieses einen Mannes leiden. Russland ist wieder stark geworden und will sich holen, was ihm, nach seiner Meinung, zusteht. Aber wir kämpfen bis zum Ende, bis der letzte russische Soldat georgischen Boden verlassen hat. Wir kapitulieren nie.

**SPIEGEL:** Viele im Westen glauben, dass es für Georgien schwer wird, nach diesem Waffengang irgendwann Mitglied der Nato zu werden. Sehen Sie noch eine Chance?

**Saakaschwili:** Ich habe im Moment anderes zu tun, als darüber nachzudenken. Ich konzentriere mich darauf, mein Land zu retten.

INTERVIEW: UWE KLUSMANN





URIEL SINAI / GETTY IMAGES

**Brennendes georgisches Armeefahrzeug bei Gori: Südosseten zogen plündernd durchs Land**

fünf bis sechs Flugzeugträgern und neuer Atom-U-Boote an.

Auch die wenigen potentiellen Bündnispartner scharf Moskauer wieder entschlossener um sich. Georgiens Nachbarn Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan haben sich seit 2002 in einer „Vertragsorganisation für kollektive Sicherheit“ zusammengeschlossen. So befindet sich nahezu das gesamte frühere sowjetische Zentralasien sicherheitspolitisch wieder unter Moskauer Kontrolle; bei mehreren Verbündeten unterhält Russland zudem Militärbasen. Allein 3170 Mann stehen in Georgiens Nachbarland Armenien und 5500 Mann in Tadschikistan, 500 Soldaten halten Wacht auf einer Luftwaffenbasis nahe der kirgisischen Hauptstadt.

Das Sammeln früheren sowjetischen Bodens wirkt wie ein trotziger Reflex auf den Untergang der UdSSR. Moskaus Magnetwirkung ist dabei gerade in jenen Gegenden am größten, in denen das demokratische Potential der Gesellschaften am schwächsten ist. Insofern läuft es Gefahr, in seinem Bündnis reaktionäre und korrupte Regime zu versammeln, die als Kostgänger Russlands vor allem eines erwarten: billige Waffen.

Russland spiele, weil wirtschaftlich noch immer impotent, den konservativen Wächter des weltpolitischen Status quo – wie im

19. und 20. Jahrhundert, sagt die Moskauer Politologin Schewzowa. So wolle es den Westen hinhalten, bis es die neuen Spielregeln auf der Weltbühne wieder mitbestimmen könne. Die an seiner westlichen Flanke liegenden Staaten aber schrecke es mit diesem Kurs nur ab. Auch die Beziehungen zur Ukraine, der Keimzelle des früheren russischen Großreichs, sind inzwischen zum Zerreißen angespannt.

Präsident Wiktor Juschtschenko unterschrieb vergangene Woche eine Anord-

### **Moskau spielt den konservativen**

### **Wächter des Status quo,**

### **wie im 19. und 20. Jahrhundert.**

nung, wonach die in Sewastopol auf der ukrainischen Halbinsel Krim stationierte russische Schwarzmeerflotte Kiew künftig über jede Schiffsbewegung 72 Stunden vorab informieren muss. Würde er das wirklich durchzusetzen versuchen, stünden auch dort die Zeichen auf Krieg: Moskau betrachtet die Krim als ur-russisches Gebiet, über 50 Prozent der Bevölkerung sind Russen.

Weil der große Bruder in Moskau auf die Absetzungsversuche der nach Westen strebenden früheren Sowjetrepubliken und

Satellitenstaaten meist nur Drohungen als Antwort kennt, fliehen diese umso williger in die Arme der Nato. Dass Polen ausgerechnet am Donnerstag voriger Woche nun doch mit den USA die Vereinbarung über die Stationierung eines Raketenabwehrsystems paraphierte, war ein klares Signal an die ungeliebten Russen.

Moskau kann bis heute nicht verstehen, dass der American Way of Life trotz des Irak-Debakels in Osteuropa attraktiver sein soll als sein Modell der „gelenkten Demokratie“ – eines autoritären Regierungsstils, der Wahlen manipuliert und die Opposition unterdrückt. So bleibt Russland derzeit nur ein einziger Trumpf: die Energie- waffe. Nato-Botschafter Rogosin bezeichnete denn auch den Krieg um Ossetien „als einen Konflikt um Öl und Energie“.

Wie also umgehen mit diesem präpotenten Russland, welchen Ton suchen mit Wladimir Putin, dem Regisseur der Moskauer Kreml-Politik? Das beschäftigte vorige Woche mit jedem Tag mehr auch die Weltmacht Amerika.

In Washington gibt es zwei Sichtweisen auf Putin, die offizielle und die informelle. Es ist dabei nicht entscheidend, mit wem man spricht, sondern wo man spricht. Im Licht der Scheinwerfer ist Putin nach dem völlig überzogenen Eingreifen in Georgien ein Aggressor, im vertraulichen Hinter-



grundgespräch aber ein russischer Held, der die Sprache der Machtpolitik fließend beherrscht.

Präsident Bush nennt den russischen Einmarsch „unangemessen und nicht akzeptabel“; Ralph Peters, ein ehemaliger Oberstleutnant der U. S. Army, der vom konservativen American Enterprise Institute geladen wurde, nennt denselben Vorgang „brillant“. „Vladimir Bonaparte“ schlagzeilte das „Wall Street Journal“.

„Ob wir es mögen oder nicht: Putin wird mit Sicherheit in die Geschichte als einer der großen Führer seines Landes eingehen“, sagt auch Clifford Gaddy, der führende Russland-Experte in Washington, der bei der liberalen Brookings Institution arbeitet und manchmal Präsident Bush berät.

Bush und Putin kamen nahezu zeitgleich an die Macht, Putin Ende 1999, Bush ein Jahr später. „Ich habe ihm in die Augen geschaut und konnte seine Seele sehen“, schwärmte der Amerikaner nach der ersten Begegnung. Er sah in Putin den, den er sehen wollte: den geläuterten Kommunisten, der notgedrungen den Weg in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie einschlägt.

Der konservative Triumphalismus war gerade in Mode, also ließ Bush 2002 auch die National Security Strategy Amerikas, ein offizielles Grundlagendokument der Außenpolitik, überarbeiten. Dort heißt es bis heute: „Die großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus endeten mit einem eindeutigen Sieg der Kräfte der Freiheit und einem einzigen nachhaltigen Modell für den Erfolg einer Nation: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“

Putin ist das lebende Dementi, und Bush steht nach dem Einmarsch der Russen in Georgien einmal mehr als Maulheld da. Das neue Russland will eben auf keinen Fall so aussehen wie der alte Westen, sagt Strobe Talbott, einst Vizeaußenminister unter Madeleine Albright. Die Nachricht, die Putin dem Westen via Georgien zugestellt habe, bestehe aus drei Teilbotschaften: Erstens, Russland ist zurück auf der Weltbühne. Zweitens: Russland strebt nach neuer Macht, aber nicht zurück zu den Zeiten politischer Ideologie und ökonomischer Autarkie.

Drittens: Russland will die Bedingungen seiner Integration in die neue Weltordnung selbst bestimmen.

Das aber bedeute nichts Geringeres, als dass die Prämisse der amerikanischen Außenpolitik von George Bush Vater über Bill Clinton bis zu George W. Bush falsch gewesen sei, sagt Talbott. Man sei immer davon ausgegangen, dass sich Russland in die bestehende westliche Architektur – Nato, G 8, WTO und am Ende womöglich sogar in die Europäische Union – integrieren lassen wolle. „Nun wissen wir, diese Prämisse stimmt nicht.“

So standen denn die Mitglieder der Bush-Regierung in der abgelaufenen Krisenwoche etwas hilflos vor ihren Sternennbannern, was sie nicht davon abhielt, Moskau zu beschimpfen und zu bedrohen. Der britische „Guardian“ sprach daraufhin von „einem Haufen scharf daherredender Schaumschläger“.

Als oberster Schaumschläger zeigte sich Vizepräsident Richard Cheney, der sagte, die Invasion werde „nicht unbeantwortet bleiben“, wo jeder in Washington weiß, dass die Antwort ein grimmiges Nichtstun sein wird. Ohne glaubwürdige Drohung mit Gewalt sind solche Worte nichts wert.

Der Höhepunkt der verbalen Eskalation war am vergangenen Mittwoch erreicht, als Bush, eskortiert von Außenministerin Rice und Verteidigungsminister Robert Gates, im Rosengarten des Weißen Hauses vor den TV-Kameras erschien, um folgende Botschaft zu verlesen: „Mit seinem Verhalten riskiert Russland seinen Platz in den diplomatischen, politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Strukturen des 21. Jahrhunderts.“ Gleichzeitig gab er die Entsendung von zwei Militärtransportern mit Decken und Nahrungsmitteln bekannt.

Das war es aber dann. Als Georgiens Präsident sich für die Hilfe bedankte und davon sprach, ein „Wendepunkt“ im Kriegsgeschehen sei eingetreten, da Amerika bereit sei, Georgiens Flug- und Seehäfen offen zu halten, hatte Bush keine andere Wahl. Er ließ umgehend dementieren. Niemand in Washington will eine militärische Auseinandersetzung mit der russischen Armee. Selbst der vielgelesene Kolumnist Charles Krauthammer winkte ab. „Seien wir realistisch“, schrieb er in der „Washington Post“.

Politisch aber haben die Amerikaner jetzt alle Hände voll zu tun, um das internationale Ansehen ihres georgischen Verbündeten Saakaschwili zu wahren; gleich nach dem Ende ihrer Militäraktion forderten die Russen seinen Kopf. Zwar scharten sich in der vergangenen Woche Zehntausende auf dem Rustaweli Boulevard in Tiflis um ihren Präsidenten, in einer bizarren Mischung aus Trauer und Trotz, mehrstimmige Männerchöre stimmten getragene Gesänge an, und zwei junge Mädchen mit ängstlichen Augen hielten ein handgemaltes Transparent hoch: „Wir fürchten Russland nicht“.

Aber viele Georgier sind auch irritiert über ihren Präsidenten, der sie vorige Woche in die größte Niederlage seit der Unabhängigkeit führte. Schon stehen politische Kräfte für einen Kurswechsel bereit.

Neben dem im Januar unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Lewan Gatschetschiladse gehören vor allem zwei frühere Regierungsmitglieder zu den unversöhnlichen Gegnern Saakaschwilis: Georgij Chindrawa, Ex-Minister für Konfliktregulierung, und Ex-Außenministerin Salomé Surabischwili. Beide waren aus der Regie-



NATALIA VOLESNIKOVA / AFP

Beisetzung eines gefallenen russischen Soldaten: Gewaltiges Leid



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Schwere Fehler des Westens“

Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder über den Krieg im Kaukasus, die mögliche Vermittlung Deutschlands im Konflikt und seinen Glauben an eine konstruktive Rolle Russlands

rung ausgeschieden, weil sie Saakaschwili Machtmissbrauch vorwarfen.

Jetzt geht auch eine weitere langjährige Verbündete Saakaschwilis auf Distanz zum Autokraten. Nino Burdschanadse, früher Parlamentspräsidentin, wirft ihm vor, die Opposition sei „nicht in den politischen Prozess eingebunden“. Burdschanadse, in der georgischen Elite gut vernetzt, gilt als gewiefte Taktikerin; Moskau könnte sie als Kompromisskandidatin akzeptieren.

Doch so weit ist es noch nicht. Vorerst ist internationale Pendeldiplomatie angesagt: Nach der Vermittlungsmission von EU-Ratspräsident Sarkozy begaben sich auch Bundeskanzlerin Merkel und Außenministerin Rice in die Krisenregion. Sie sondiert das Terrain, versuchen herauszufinden, wie weit Putin gehen würde, der nun dem Präsidenten Medwedew den diplomatischen Formelkram überlässt.

Was passiert im Kaukasus? Wie geht es weiter? Im besten Fall zieht Moskau seine Truppen aus Georgien wieder ab. Das Land überlebt, die ersehnten Provinzen Abchasien und Südossetien aber wird Saakaschwili endgültig abschreiben müssen. Ihn selbst dürfte das militärische Abenteuer das Amt kosten, wenn nicht heute, dann morgen. Auf längere Sicht sollten die Träume von der Nato-Mitgliedschaft ausgeträumt sein, für Georgien wie die Ukraine.

Die übrige Welt wird jetzt vielleicht genauer in den versteckten Winkel zwischen Europa und Asien schauen, dessen Provinzen und Völkerschaften sie kaum aussprechen kann. Die Aufregung des Westens über Moskaus Militärstreich dürfte sich in ein paar Wochen legen und selbst Amerika zum politischen Alltag übergehen. Russland wird in Washington dringend gebraucht – um den Iran im Zaum zu halten oder als Gegengewicht zum aufstrebenden Großreich China. Amerikas neuer Präsident, ob Barack Obama oder John McCain, muss sich wieder Verbündete suchen, um mit den Konflikten dieser Welt zurechtzukommen.

Der Russe Putin aber steht wohl als der Sieger da, entschlossen und effizient hat er nach russischen Maßstäben die Kaukasus-Krise angepackt. Die Welt weiß jetzt, dass Russland verstärkt Ansprüche als Großmacht neben Amerika stellt.

Der Krieg ist so gut wie vorbei, Kriegsherr Putin zieht sich zurück. Es war Medwedew, der die ausländischen Beschwerdeführer in Sachen Georgien empfangen musste. Auch das Staatsfernsehen schaltete erneut auf den nominellen Staatschef um.

Putin tauchte nach getaner Arbeit wieder in die zweite Reihe ab. Man sah ihn mit Finanzexperten im tristen Moskauer Sitzungssaal seines Regierungssitzes. Er sprach mit ihnen über die Planung des russischen Staatsbudgets – bis 2023.

Mit ihm ist noch lange zu rechnen.

THOMAS DARNSTÄDT, UWE KLUSMANN,  
CHRISTIAN NEEF, MATTHIAS SCHEPP,  
GABOR STEINGART

**SPIEGEL:** Herr Schröder, wer trägt die Schuld am Kaukasus-Krieg?

**Schröder:** Die Auseinandersetzungen haben ohne Zweifel auch ihre historischen Ursachen, der Konflikt hatte ja schon verschiedene geschichtliche Ausprägungen. Aber auslösendes Moment der jetzigen Kampfhandlungen war der Einmarsch der Georgier nach Südossetien. Da sollte man nichts verwischen.

**SPIEGEL:** Sie sehen keine Mitschuld Moskaus, keine Unverhältnismäßigkeit im Vorgehen der russischen Militärs?



Russland-Kenner Schröder

„Ohne Moskau ist nichts zu lösen“

**Schröder:** Das kann und will ich nicht beurteilen. Aber man weiß natürlich, dass militärische Konflikte ihre eigene Dynamik entwickeln. Worauf es jetzt ankommt, ist doch, dass der Sechs-Punkte-Plan des französischen Präsidenten von allen Beteiligten genutzt wird.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass die in Tiflis stationierten US-Militärberater Georgien zum Waffengang ermutigt haben?

**Schröder:** So weit würde ich nicht gehen. Aber jedermann weiß, dass es diese US-Militärberater in Georgien gibt – eine Sta-

tionierung, die ich nie für besonders klug gehalten habe. Und es wäre schon merkwürdig, wenn diese Experten keine Informationen gehabt hätten. Entweder waren die sehr unprofessionell oder wurden regelrecht getäuscht – kaum denkbar.

**SPIEGEL:** Die US-Regierung behauptet, Georgiens Präsident Saakaschwili vor einem militärischen Vorgehen gewarnt zu haben. Kam nicht vielmehr Putin das Ganze sehr gelegen?

**Schröder:** Das sind Mutmaßungen, an denen ich mich nicht beteiligen will. Ich gehe davon aus, dass niemand in der Moskauer Führung ein Interesse an militärischen Auseinandersetzungen hat. Es gibt in Russland genügend interne Probleme, die gelöst werden müssen. Man muss beispielsweise Korruption und Behördenwillkür bekämpfen, Russland hat da ja noch Defizite, das habe ich selbst häufig thematisiert. Diese Probleme nehmen Präsident Medwedew und Premier Putin in Angriff. Gemeinsam übrigens, in Freundschaft und mit gegenseitigem Respekt, nicht in Konkurrenz miteinander, wie es so oft bei journalistischen Kaffeesatzlesern heißt.

**SPIEGEL:** Mag sein, aber es geht doch jetzt um etwas anderes: Russland hat den Verlust des Großmachtstatus nie verwunden, sich in den letzten Jahren von der Nato in die Enge getrieben und gedemütigt gefühlt. Bei den Kriegen auf dem Balkan, beim Irak-Einmarsch der „Koalition der Willigen“ unter Washingtons Führung, bei der Kosovo-Unabhängigkeitserklärung ...

**Schröder:** ... vergessen Sie den Aufbau eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien nicht ...

**SPIEGEL:** ... hat der Kreml zuschauen müssen. Kann es nicht sein, dass ein wirtschaftlich und militärisch erstarktes Moskau jetzt gegenüber dem USA-Freund Saakaschwili die erstbeste Chance nutzt, es dem Westen zurückzuzahlen? Dass Putin imperiale Ansprüche anmelden will?

**Schröder:** Es hat meines Erachtens tatsächlich schwere Fehler des Westens in der Politik gegenüber Russland gegeben. Ob man daraus einen Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen im Kaukasus konstruieren sollte, sozusagen als Antwort Russlands auf die georgische Provo-